

DER STAAT WIRD HEIMLICH REICH

SPIEGEL-Gespräch mit Bundesfinanzminister Dr. Rolf Dahlgrün

SPIEGEL: Herr Minister, Sie haben in den vergangenen Monaten mit großer Eile das Steueränderungsgesetz 64 zu Ende gebracht. Es sind darin vorgesehen Steuersenkungen in einer Gesamthöhe von jährlich etwa 3,2 Milliarden Mark. Mithin sparen die Steuerzahler seit dem 1. Januar 1965 im Durchschnitt etwa zwölf Mark monatlich. Ist das nicht etwas wenig?

DAHLGRÜN: Ich selbst hätte die Steuern auch lieber stärker gesenkt, aber Wunsch und Wirklichkeit sind zweierlei. So gab es dringende Forderungen auf Erhöhung der Ausgaben. Es gab auch konjunkturpolitische Bedenken. Schließlich mußte der Bundesrat zustimmen, denn die Länder tragen entsprechend ihrem Anteil an der Einkommen- und Lohnsteuer 61 Prozent des Einnahmeverlusts.

SPIEGEL: Gestatten Sie uns noch einen kleinen Blick zurück im Zorn. Die Steuereinnahmen sind in den letzten

gen, die der Bürger heutzutage mit Recht an den Staat stellt, auch dem Staat ein gewisser Anteil zusätzlich bleiben.

SPIEGEL: Die deutsche öffentliche Hand hat vom Wirtschaftswunder in einer sagenhaften Weise profitiert. Der Anteil, den die öffentlichen Haushalte ohne die Sozialversicherung am Sozialprodukt haben, ist von Jahr zu Jahr auf über 30 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen. Die Bundesrepublik hält damit in der westlichen Welt den ersten Platz.

DAHLGRÜN: Es ist richtig, daß 1961 der Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt ohne die Sozialversicherung 28,6 Prozent betrug und seither ständig weiter gestiegen ist: 1962 auf 29,6 Prozent; 1963 auf 30,4 Prozent. Ich bin der Meinung, daß dieser Anteil eine bestimmte Grenze nicht überschreiten sollte. Es dreht sich hier um das Problem der heimlichen Steuererhöhungen, wie man das genannt hat ...

Rechnung aufgemacht. Zwischen 1958 und 1963 ist das Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuern von 11,9 Milliarden Mark auf 28,6 Milliarden Mark gestiegen. Wäre die Steuerbelastung hingegen nur so schnell gewachsen wie das Sozialprodukt, hätten Bund und Länder 1963 nur etwa 18,4 Milliarden Mark einnehmen dürfen. Die heimlichen Steuererhöhungen machten mithin mehr als zehn Milliarden Mark aus.

DAHLGRÜN: Darin spiegelt sich das ständige weitere Vordringen des Staates und eine ständige Einengung des Bewegungsspielraums der Bürger wider. Eine solche Entwicklung muß einen liberalen Politiker bedenklich stimmen.

SPIEGEL: Damit wird der Staat zum Nutznießer der Geldentwertung ...

DAHLGRÜN: Das ist doch aber wohl sehr überspitzt ausgedrückt.

SPIEGEL: ...denn bei jeder neuen Lohnrunde steht das Finanzamt je-



Dahlgrün (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Bonner Dienstzimmer*

Jahren immer stärker gestiegen als Löhne und Gehälter. Seit 1958 waren die Steuerzugänge in jedem Jahr zweibis dreimal so hoch wie der Zuwachs des Sozialprodukts**. Glauben Sie wirklich, daß die jetzt vorgenommene Steuersenkung diesen Kurs entscheidend bremst?

DAHLGRÜN: Ob sie im Volumen ausreicht, wird von vielen Seiten bestritten. Andere, zum Beispiel die Länder, sagen, das alles sei schon viel zuviel. Ich muß aber betonen, und in diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, daß man dem Steuerzahler die Zuwachsquote nicht in voller Höhe durch Steuersenkung erlassen kann.

SPIEGEL: Heißt das, daß der Einnahmewachstum des Staates für alle Zeit größer sein muß als der Zuwachs von Löhnen und Gehältern?

DAHLGRÜN: Von der Zuwachsquote muß angesichts der hohen Anforderun-

SPIEGEL: ...die zum Teil ganz unheimlich sind ...

DAHLGRÜN: ...und die immer unheimlicher wurden, weil bei steigenden Löhnen und Gehältern immer mehr Kleinst Einkommen aus den Freibeträgen heraus und in die Steuerzahlungspflicht hineinwachsen und weil zugleich immer mehr Einkommensempfänger aus der Zone proportionaler Besteuerung ...

SPIEGEL: ...Ledige mit einem Jahres-einkommen bis zu 8000 Mark und Verheiratete bis zu einem Einkommen von 16000 Mark unterliegen einer gleichmäßigen, proportionalen Steuerbelastung, die bisher 20 Prozent vom Einkommen betrug und künftig 19 Prozent betragen wird.

DAHLGRÜN: Richtig. Und aus diesen Bereichen wachsen immer mehr Steuerpflichtige in die Zone des progressiven Tarifs hinein, in dem die Steuersätze schnell steil ansteigen.

SPIEGEL: Der Bund der Steuerzahler hat Ihnen einmal eine interessante

weils mit einem stark progressiven Steuersatz da, so daß selbst bei mittleren Ledigen-Einkünften von 10000 Mark der Steuerabzug prozentual stets höher ist als der Einkommensgewinn. Und uns scheint, daß diese Entwicklung mit der an sich begrüßenswerten Steuersenkung noch längst nicht gestoppt ist.

DAHLGRÜN: Ich halte vom Haushaltsstandpunkt her zur Zeit die Grenze des Möglichen für erreicht. Und Sie können sicher sein, daß der Bundesrat nicht zugestimmt hätte, wenn das Volumen noch größer geworden wäre.

SPIEGEL: Das heißt also, solange Löhne und Preise steigen, werden Sie es nicht vermeiden können, daß der Staat bei jeder Lohnrunde praktisch den größten Schnitt macht.

DAHLGRÜN: Den größten Schnitt macht? Das können Sie in dieser Schärfe nicht sagen.

SPIEGEL: Wenn man die Statistik betrachtet, ist es buchstäblich so. Bei einem Anstieg des Sozialprodukts um nur ein Prozent wuchsen die Einnahmen

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Helmut Gassmann (L.) und Klaus Kröger.

** Siehe Graphik Seite 42.

aus der Lohnsteuer um etwa zwei Prozent.

DAHLGRÜN: Eben deshalb bin ich überzeugt, daß diese Steuersenkung notwendig gewesen ist. Zwischen 1958 und 1963 ist das Lohnsteueraufkommen um 133,4 Prozent gestiegen. Die Einkommen der Arbeitnehmer hingegen wuchsen nur um 70,6 Prozent. Bei den Unternehmern ist die Differenz noch schärfer, nämlich: Einkommensentwicklung plus 50,2 Prozent, Steuerlast plus 145,8 Prozent. Das ist der Grund, warum das Steueränderungsgesetz 64 bei den unteren und mittleren Einkommen die schärfste Senkung eintreten läßt.

SPIEGEL: Sie beträgt im Durchschnitt etwa sieben Prozent und macht bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 9000 Mark nur rund zwölf Mark im Monat aus.

DAHLGRÜN: Um das einigermaßen auszugleichen, mußte gerade bei den kleineren und mittleren Einkommen etwas getan werden, was man vulgär mit dem Ausdruck Mittelstandsbauch zusammengefaßt hat. Aber alle Vorhaben, so nett und schön sie sein mögen, kommen natürlich rasch an die Grenze der möglichen Haushaltsbelastung.

SPIEGEL: Sie selbst, Herr Minister Dahlgrün, haben einmal so eine Art Index entwickelt und gesagt, der Zuwachs des Sozialprodukts müsse auch die Obergrenze für das Wachstum der Staatswirtschaft sein.

DAHLGRÜN: Sie sollten das etwas anders ausdrücken. Ich will die Ausgaben des Staates nicht höher veranschlagen, als der Zuwachs des Brutto-sozialprodukts für das jeweilige Jahr erwarten läßt. Ich habe einmal durch Steuerverzicht des Staates die heimlichen Steuererhöhungen gebremst und auf der anderen Seite durch Begrenzung des Ausgaberahmens im Zuge der EWG-Empfehlungen, die wir maßgebend mitbeeinflusst haben, zu erreichen versucht, daß die Staatsausgaben nicht stärker anwachsen als das Sozialprodukt.

SPIEGEL: In diesem Jahr können Bund und Länder bereits mit insgesamt 5,6 Milliarden Mark mehr Steuern rechnen. Und trotz der Tarifsenkung dürften die Lohn- und Einkommensteuern 1965 mindestens 1,6 Milliarden mehr einbringen als 1964. Gemessen daran nimmt sich Ihre Steuersenkung von etwa drei Milliarden Mark bescheiden aus. Zumal, wenn man bedenkt, daß sie erst in zwei bis drei Jahren voll wirksam wird.

DAHLGRÜN: In zwei Jahren, würde ich sagen.

SPIEGEL: Das heißt, Sie sind in kurzer Zeit wieder genau dort, wo Sie vor Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes 64 waren. Sie mußten, wenn Sie Gerechtigkeit walten lassen wollen, immer wieder Steuern senken. Ist das Ihr Plan?

DAHLGRÜN: Das kann ich in vollem Umfange bejahen. Ich bin wirklich der Meinung, daß bei weiter anhaltendem Wachstum angesichts des Progressionstarifs von Zeit zu Zeit in angemessenen Abständen und in angemessener Höhe immer wieder die Steuern gesenkt werden müssen.

SPIEGEL: Halten Sie die sieben Jahre, die seit der Steuerreform im Jahre 1958 verstrichen sind, für einen angemessenen Abstand?

DAHLGRÜN: Den Zeitraum würde ich bei dem Trend, den das Wachstum

ROLF DAHLGRÜN

möchte mit seiner seit dem 1. Januar wirksamen Steuersenkung einen „ersten Schritt“ tun, um den alljährlich wachsenden Anteil des Staates am Volkseinkommen von 30,4 Prozent (1963) auf 25 Prozent herabzudrücken. Der seit dem Herbst 1962 als Nachfolger seines Parteifreundes Heinz Starke amtierende FDP-Finanzminister sieht in einer Verringerung der Steuereinnahmen das allein geeignete Mittel, die enthemmte Ausgabenlust der Parlamentarier zu bremsen.

Im Gegensatz zu seinem hitzigen schlesischen Vorgänger Dr. Heinz Starke gelang es dem bierruhigen Hannoveraner Dahlgrün, 56, die Bundesländer — die den größeren Teil des Steuerausfalls hinnehmen müssen, — zur Mitarbeit zu bewegen. Die Steuersenkung wurde freilich so bemessen, daß Bund und Länder auch 1965 mit beträchtlichen Mehreinnahmen — mindestens 1,6 Milliarden Mark — aus der Lohn- und Einkommensteuer rechnen können. Diese zusätzlich anfallenden Gelder sollen vor allem für jene Bevölkerungsgruppe reserviert werden, deren Wahlstimmen die Christdemokraten 1965 mehr denn je brauchen: für die Landwirtschaft.

Angesichts der Interessenten-Wünsche mußten die einzelnen Steuerpflichtigen mit relativ bescheidenen Abgabensenkungen vorliebnehmen. So zahlt ein Arbeiter oder Angestellter

mit Ehefrau und zwei Kindern, der 1200 Mark im Monat verdient, seit dem 1. Januar monatlich 14,50 Mark weniger Steuern als bisher, ein Lediger mit einem Monatsgehalt von 1000 Mark spart je Monat 31,60 Mark.

Bevor Rolf Dahlgrün von Kanzler Konrad Adenauer zum vierten Finanzminister der Bundesrepublik gemacht wurde, hatte er 20 Jahre lang der Phoenix Gummiwerke AG in Hamburg-Harburg als Prokurist und Justitiar gedient. Politisches Unterkommen fand er 1949 bei den hanseatischen Freidemokraten, für die er 1957 in den Bundestag einzog. Bei der Umbildung des Kabinetts im Dezember 1962 nutzte Konrad Adenauer die Gelegenheit, sich des — ihm zu temperamentvollen — Heinz Starke zu entledigen. An seine Stelle rückte Dahlgrün auf die Regierungsbank.

Rolf Dahlgrün führt das Finanzressort, ohne sich von seinen gutbürgerlichen Prokuristen-Hobbys zu trennen. Auch weiterhin besucht er Kegelabende im Harburger „Waldschlößchen“ und Skattische der Bonner „Rheinlust“. Das Lokal offeriert seinen Gästen hin und wieder Rücken, Keulen und Ragout von Rehböcken, die der Waidmann Dahlgrün im eigenen Heiderevier bei Tostedt im Landkreis Harburg schießt. Seinen Forstbestand pflegt der Minister eigenhändig mit der Motorsäge.

gehabt hat, für zu lang halten. Aber man sollte tatsächlich — es bleibt kein anderer Weg — von Zeit zu Zeit Steuern senken. Wobei ich allerdings, wie ich schon sagte, der Meinung bin, daß auch dem Staat angesichts der steigenden Ansprüche seiner Bürger ein Teil des Zuwachses zusätzlich verbleiben sollte. Es ist gar kein Zweifel, daß die Anforderungen immer höher werden.

SPIEGEL: Obwohl es allen immer besser geht.

DAHLGRÜN: Das ist letzten Endes der Sinn dieses Wachstums.

SPIEGEL: Wenn man bedenkt, daß die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im vergangenen Jahr rund 100 Milliarden Mark betragen, muß man sich da nicht fragen, ob nicht gerade diese Kassenfülle Ursache der vielen Wünsche gewesen ist? Sind Sie überzeugt, daß es richtig ist, wenn der Bundeshaushalt 1965 mehr als 23 Milliarden Mark direkte und indirekte Subventionen enthält und daß diese Summe nicht jährlich sinkt, sondern steigt, und zwar mit einer für die Bürger geradezu ärgerniserregenden mathematischen Sicherheit?

DAHLGRÜN: Sind es nicht letzten Endes die Bürger selbst, die dafür sorgen, daß über ihre Interessenverbände die Ansprüche immer mehr steigen?

SPIEGEL: Spätestens seit 1960 werfen die Frankfurter Bundesbank, einige Wissenschaftliche Beiräte der Bundesressorts und die Konjunkturforschungsinstitute dem Bund und den Ländern immer wieder vor, sie seien in erster Linie verantwortlich für konjunk-

turelle Auswüchse, beispielsweise im Hochbau.

DAHLGRÜN: Also, so geht es auch nicht. Wir sollten doch den Staat nicht als ein gefräßiges Ungeheuer ansehen, das sich vom Fett seiner Bürger mästet, das ist doch eine mittelalterliche Auffassung.

SPIEGEL: Sollen wir Ihnen die Äußerungen der Bundesbank und der anderen Gremien vorlegen?

DAHLGRÜN: Darf ich Sie einmal daran erinnern, daß Anfang der fünfziger Jahre niemand von uns — und wer das Gegenteil behauptet, liegt sicher schief — hat daran denken können, daß wir für unsere innere und äußere Verteidigung so viel Geld aufwenden müßten, wie damals der ganze Bundeshaushalt an Volumen gehabt hat. Das waren 1951 so an 20 Milliarden Mark. Heute hat das der Einzelplan 14 (Verteidigung) fast allein. Es hat niemand von uns an die EWG gedacht und an die Folgekosten dieser Gemeinschaft, die wir ja alle bejahen.

SPIEGEL: Aber es gibt doch wohl eine Grenze.

DAHLGRÜN: Und außerdem hat sich damals sicherlich niemand vorgestellt, welche phantastischen Summen einmal alles das kosten würde, was wir unter den Begriffen Wissenschaft, Forschung und Ausbildung zusammenfassen. Daher hat mein Parteifreund Dr. Starke 1961 schon begonnen mit dem Versuch, die Dinge einzufangen. Ich habe das mit der Ausgabenbegrenzung nach konjunkturpolitischen Gesichtspunkten fortgesetzt. Ich hatte mir auch, als ich hier anfang, vorgestellt, daß eine Steuersen-

WS 272



* neutral
geprüft



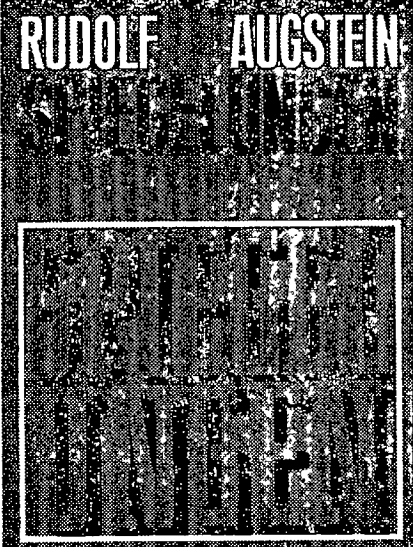
**WEINSIEGEL BURGT FÜR
GUTEN DEUTSCHEN WEIN**

Das Deutsche Weinsiegel wird nur an Weine verliehen, die durch neutrale Weinfachkommissionen auf Herkunft, Qualität, wahre und klare Etikettierung und charakteristische Eigenschaften ihres Heimatgebietes geprüft worden sind. Wollen Sie mehr darüber wissen, senden wir Ihnen gern kostenlos die interessante Weinsiegelbroschüre.

DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFTS-GESELLSCHAFT
Frankfurt/Main, Zimmerweg 16

List Taschenbücher

LIST



Eine Auswahl aus Kommentaren von Rudolf Augstein, die innerhalb der vergangenen zehn Jahre im SPIEGEL veröffentlicht worden sind.

**Band 272 in der Reihe der
List Taschenbücher**

2,40 Mark
In allen Buchhandlungen

kung eine feine Sache sei, die nun allseits Anerkennung finden würde. Mitnichten, da waren zum Beispiel alle diejenigen, die dem Glauben anhängen, daß sie sich durch gezielte Maßnahmen Vorteile verschaffen können...

SPIEGEL: ... auch in Richtung Wahl...

DAHLGRÜN: ... auch in Richtung Wahl. Diese Leute waren der Meinung, hier sind drei Milliarden doch offenbar verfügbar. Also keine Steuersenkung, sondern Aufteilung der Summe in ganz bestimmte Richtungen und für ganz bestimmte Zwecke. Damit hatte ich offen gestanden nicht so ganz gerechnet. Der zweite Widerstand kam aus Brüssel. Es hieß, wir sollten in der konjunkturell angespannten Situation nicht noch zusätzlich Geld unter die Leute pumpen. Und auf dieser Linie lag denn auch noch der Wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums.

SPIEGEL: Sie fühlten sich ungerecht behandelt.

DAHLGRÜN: Ich habe Brüssel und dem Wissenschaftlichen Beirat gegenüber, der wissenschaftlich theoretisch völlig recht hatte, argumentiert: Dieses Geld kann ich praktisch im politischen Raum nicht stilllegen, weil ich ja schon die Steuersenkung gegen den Widerstand derjenigen habe verteidigen müssen, die alles verteilen wollten. Hätte ich auf die Steuersenkung verzichtet, wäre das Geld von der öffentlichen Hand auf Bundes- oder Länderebene ganz sicher eingesetzt worden, nicht zuletzt im Bausektor.

SPIEGEL: Ihnen schien es besser, die Steuern zu senken, weil die Verbraucher von jedem zusätzlichen hundert Mark Einkommen immerhin noch etwa 25 Mark sparen, also einen Teil des Geldes selbst stilllegen. Der Staat hingegen hat eine Sparneigung, die gleich Null ist oder gar minus.

DAHLGRÜN: Sie formulieren immer überspitzt. Der Staat wird zu Ausgaben gezwungen. Der Staat, das möchte ich immer wieder betonen, das sind wir. Und wir alle müssen uns an die Brust schlagen.

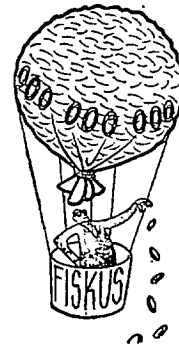
SPIEGEL: Mehr oder weniger.

DAHLGRÜN: Na schön, es gibt auch ganz Vernünftige. Aber ich wollte etwas anderes sagen. Vor der Brüsseler Kommission und im EWG-Ministerrat habe ich argumentiert, wenn der Staat das Geld ausgibt, wird es in Brennpunkten ausgegeben. Wenn ich aber die Steuern senke, dann treffe ich auf 20 Millionen Steuerpflichtige. Das heißt, es verteilt sich besser, und außerdem haben die 20 Millionen schon im Laufe der Jahre bewiesen, daß sie sparen können.

SPIEGEL: Im Rahmen Ihrer Steuerermäßigung hatten Sie zunächst eine Erhöhung des sogenannten Grundfreibetrages geplant, der jedem Steuerzahler zusteht und der gewissermaßen das steuerliche Existenzminimum festhält. Dieser Grundfreibetrag sollte von 1680 Mark auf 1800 Mark erhöht werden. Damit wurde es dann nichts. Stattdes haben Sie dann später einen Arbeit-

nehmer-Freibetrag von 240 Mark eingeführt. Wie ist es zu diesem neuen Begriff im deutschen Steuerrecht gekommen?

DAHLGRÜN: Das ist eigentlich kein neuer Begriff. Der Arbeitnehmer-Freibetrag ist immer wieder gefordert worden, als Ausgleich dafür, daß der Arbeitnehmer zeitnah durch den Abzug beim Arbeitgeber die Steuer entrichtet.



Ballast-Abwurf

SPIEGEL: Im gleichen Monat.

DAHLGRÜN: Woche oder Monat. Hingegen gibt der Einkommensteuerpflichtige jährlich eine Steuererklärung ab. Das dauert also sehr viel länger, und er gewinnt Zeit.

SPIEGEL: Aber der Unternehmer leistet Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, und diese Vorschüsse können durchaus höher sein als die nachher tatsächlich anfallenden Abgaben, so daß man doch eigentlich nicht generell sagen kann, der Unternehmer sei in dieser Hinsicht dem Arbeitnehmer gegenüber im Vorteil.

DAHLGRÜN: Schon richtig. Ein zeitlicher Vorteil bleibt in vielen Fällen aber doch. Hinzu kommt noch ein weiterer Grund: Dem Arbeitnehmer wird die Steuer auf Heller und Pfennig abgezogen, während zum Beispiel der selbstständige Unternehmer oft die Möglichkeit hat, im Rahmen seines Gewerbebetriebes Ausgaben geltend zu machen, die seine Steuerlast mindern.

SPIEGEL: Der Bund der Steuerbeamten hat Ihnen den Vorwurf gemacht, hinter der Vokabel Arbeitnehmer-Freibetrag verberge sich ein politisches Manöver. Sie wollten, so heißt es, dem ohnehin nur sehr wenig Steuern sparenden kleinen Mann weismachen, hier sei etwas Spezielles für ihn geschaffen worden, um ihn über jene Steuervergünstigungen hinwegzubringen, die in weit reichenderem Umfang für die Industrie bereitgestellt worden sind.

DAHLGRÜN: Ich wollte ursprünglich den Grundfreibetrag erhöhen. Das hätte Gültigkeit gehabt für alle, nicht nur für die Arbeitnehmer. Dann hätte ich aber aus finanzmathematischen Gründen nicht den Proportional-Steuersatz von 20 auf 19 Prozent senken können, weil ich am Übergang zur Progressionszone einen neuen Bruch bekommen hätte. Ich bin mir klar, daß bei späteren steuerlichen Entlastungsmaßnahmen selbstverständlich auch der Grundfreibetrag angehoben werden sollte. Die Bedenken der Steuerbeamten sind in der Sache durchaus gerechtfertigt.

SPIEGEL: Daß es ein politisches Manöver war?

DAHLGRÜN: Nein. So nicht. Die Steuerbeamten haben in erster Linie beanstandet, daß dadurch das Steuerrecht weiter kompliziert wird.

SPIEGEL: Sogar die Steuerbeamten beklagen sich ständig, sie könnten die Gesetze sowie deren komplizierte Ausführungsbestimmungen kaum noch verstehen. Der normale Bürger kann



„Rein zufällig im Wahljahr...“

das schon lange nicht mehr, er kann diese Gesetze nicht einmal mehr lesen.

DAHLGRÜN: Wenn ich immer wieder neue Wünsche berücksichtigen muß, hier diesen Freibetrag, dort jenen Freibetrag; hier diese Vergünstigung, dort jene, dann wird es eben alles komplizierter. Das steht gegen eine möglichst perfekte Gerechtigkeit.

SPIEGEL: Entspricht es einer perfekten Gerechtigkeit, wenn beispielsweise gewaltige stille Reserven, die durch Preiserhöhungen in Grundvermögen gebildet worden sind, jetzt aufgelöst werden und überführt werden können in eine neue Wirtschaftsanlage, ohne daß der Gewinn unmittelbar der Einkommensteuer unterliegt? Der erzielte Gewinn kann vielmehr in mehreren Jahrestappen versteuert werden. Läuft das nicht für viele, die in den vergangenen Jahren ohne eigenes Zutun ungeheure Konjunkturgewinne gebildet haben, auf eine zweite Vergünstigung hinaus?

DAHLGRÜN: Ich habe mit dieser Maßnahme nicht zuletzt den kleinen und mittelständischen Betrieben helfen wollen. Es ist nicht richtig, wenn man immer gleich von ungeheuer redet.

SPIEGEL: Sie hatten von perfekter Gerechtigkeit gesprochen. Das ist doch wohl ein Wort, das einigen Anspruch erhebt.

DAHLGRÜN: Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Ein Schlossermeister hat vom Großvater oder Vater her ein Grundstück. Auf diesem Grundstück steht das Wohn- und Betriebsgebäude. Das Grundstück mit Haus steht in der Bilanz. Die eine Hälfte des Grundstückes ist ein Apfelhof. Der Mann hat veraltete Maschinen, und er hat nicht die Möglichkeit...

SPIEGEL: ...das zu unternehmen, was er eigentlich unternehmen müßte...

DAHLGRÜN: ...um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wenn er die eine Hälfte des Grundstückes, die er gar nicht braucht, verkauft, dann deckt er stille Reserven auf. Wegen der drohenden Einkommensteuer nimmt er vom Verkauf Abstand und kann sich deshalb auch keine neuen Maschinen anschaffen. Nach der Fassung des neuen Paragraphen 6b des Einkommensteuergesetzes kann er jetzt die eine Grundstückshälfte verkaufen und den dafür hereingeholten Erlös dazu verwenden, seinen Maschinenpark zu erneuern.

SPIEGEL: Wir bestreiten nicht, daß dieser Effekt in vielen Fällen durchaus richtig und wünschenswert ist, aber in sehr vielen Fällen führt doch diese Bestimmung zu Steuerersparnissen gerade bei jenen, die durch die Konjunktur in der Nähe von Ballungszentren ohnehin schon vermögende Leute geworden sind. Warum soll hier nicht die Steuer in vollem Umfang zum Zuge kommen?

DAHLGRÜN: Der Verfassungsgrundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung verbietet es, solche Gesichtspunkte in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, ganz abgesehen davon, daß es

verwaltungsmäßig ausgeschlossen erscheint, hier die Einzelfälle nach der einen und nach der anderen Seite hin zu unterteilen.

SPIEGEL: Gerade im Hinblick auf den Grundsatz gleichmäßiger Besteuerung muß doch die Fassung des Paragraphen 6b bedenklich stimmen, da sie in vielen Fällen Privilegien für diejenigen schafft, die stille Vermögensreserven angesammelt haben.

DAHLGRÜN: Der Einwand ist nur in wenigen Fällen von Belang, denn diese Bestimmung vermögen nur Steuerpflichtige auszunutzen, die aufgelösten Gewinn wieder investieren können. Ich verspreche mir gerade von dieser Bestimmung außerdem eine gewisse Erhöhung des Angebots auf dem Grundstücksmarkt. Es liegen heute eine ganze Menge dringend benötigter Grundstücke gerade in den großen Ballungsräumen fest, weil beim Verkauf stille Reserven aufgedeckt würden, die im Einzelfall schlimme steuerliche Folgen nach sich zögen. Außerdem hat der Mann ja nur dann einen wirklichen Vorteil, wenn er den Verkaufserlös wieder investiert, und zwar in Wirtschaftsanlagen mit gleicher oder kürzerer Lebensdauer.

SPIEGEL: Ins Steueränderungsgesetz 64 sind drei neue Sonderabschreibungen aufgenommen worden; weitere fünf wurden verlängert. Damit hat sich die Zahl der Sonderabschreibungsbestimmungen weiter erhöht. Die Zeit der Investitionshilfegesetze ist vorbei. Wäre es daher nicht angebracht, die Sondervergünstigungen einmal abzubauen, statt sie jährlich noch zu erweitern?

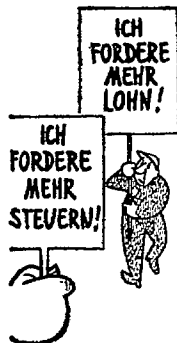
DAHLGRÜN: Man kann doch nicht sagen, daß die deutsche Wirtschaft in der Breite nun genug investiert hat. Ich bin der Meinung, daß insbesondere der kleine und mittelständische Betrieb schon aus Rationalisierungsgründen in die Lage versetzt werden muß, etwas zu tun. Denn gerade dort ist noch nicht ausreichend rationalisiert worden.

SPIEGEL: Aber das hervorstechendste Merkmal der Sondervergünstigungen besteht doch gerade darin, daß sie dort zu wesentlichen Einsparungen führen, wo bereits hohe Gewinne gemacht werden, während sie bei strukturell schwachen, mittelständischen Unternehmen gar nicht durchschlagen, weil diese Betriebe sowieso nur kleine Gewinne machen und mithin auch die Steuerersparnis gering ist.

DAHLGRÜN: Es ist doch sehr die Frage, ob die großen Unternehmen das nicht auch nötig haben. Ich muß Ihnen offen sagen, mir machen die großen Firmen noch genauso viele Sorgen wie die kleinen und mittleren. Wenn ich Vergleiche mit den Giganten in der Welt anstelle, ist unsere Großindustrie nicht gerade am besten ausgestattet.

SPIEGEL: Aber Sonderabschreibungen in einer Vielzahl von Fällen durchlöchern den progressiven Tarif und den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Sie verschaffen mithin der Spitze der Einkommenspyramide steuerliche Privilegien, die zudem dort am stärksten zu Buch schlagen, wo die Gewinne hoch und mithin Subventionen über die Steuer unangebracht sind.

DAHLGRÜN: Wenn wir im weltweiten Maßstab bestehen wollen, dann sind diese Sondervergünstigungen auch gerade für unsere Großfirmen sehr notwendig. Vergessen Sie doch bitte nicht, daß beispielsweise in Amerika, aber



Stets im Vordergrund: die öffentliche Faust

HOTEL PRESIDENT

am See
Genf — führendes Haus am Platze

48 fr.s.

ab 64 fr.s.

Einzelzimmer mit Bad

Doppelzimmer mit Bad

Das Hotel President, von Staatsberühmtheiten, Politikern und internationalen Stars besucht, ist der Treffpunkt bedeutender Geschäftleute.
268 Zimmer und Appartements - Garagen und Parkplätze für 200 Wagen.
RESERVIERUNG durch Ihre Reiseagentur GENÈVE; Fernschreiber 22.780 - Telefon 31.10.00 - Telegramm Presidentel



auch in Frankreich, noch erheblich höhere steuerliche Hilfsmittel zur Verfügung stehen.

SPIEGEL: Ist es zum Beispiel notwendig, daß Firmen, die in der Vergangenheit ohne Rücksicht auf das Grundwasser und die Flüsse ihren Industrieabfall vor die Tür gekippt haben, Sonderabschreibungen tätigen können auf Einrichtungen, die der Abwasserklärung dienen?

DAHLGRÜN: Ohne daß ich in irgendeiner Weise die vielen Verantwortungslosigkeiten entschuldigen will, halte ich es für notwendig, einen Anreiz zu geben, damit hier möglichst schnell Ordnung geschaffen wird. Und Sie müssen davon ausgehen, je größer das Unternehmen und je komplizierter die Produktion ist, desto teurer sind diese Anlagen. In einzelnen Fällen kosten sie viele zig Millionen Mark.

SPIEGEL: Ist es Aufgabe des Staates, steuerliche Anreize für die Erfüllung

Paragraph 6b und die Abschreibungsvergünstigungen für Forschung, Entwicklung, Luft- und Wasserreinigung sowie Lärmbekämpfung und für den Schiffbau, nach unserer Vorausschau einen Steuerausfall von etwa 230 Millionen Mark nach sich ziehen. Von etwa drei Milliarden Mark Investitionen auf diesem Sektor, mit denen man rechnet, werden etwa eine Milliarde Mark zusätzlich auf Grund der neuen Vorschriften aufgewendet werden. Das ist bei einem Gesamtinvestitionsvolumen der steuerpflichtigen gewerblichen Wirtschaft in Höhe von etwa 65 Milliarden Mark für diese äußerst wichtigen Zwecke meiner Ansicht nach nicht zu viel.

SPIEGEL: Herr Minister, die Wahlstrategen haben Ihnen in den letzten Monaten ihre Wunschliste für das Wahljahr 1965 vorgelegt, die nach Schätzungen Ihres Hauses 2,2 Milliarden Mark umfaßt. Darin sind enthalten beispielsweise das Schülergehalt, weitere verbil-

mit Zustimmung der Freien Demokraten das Parlament passieren werden, kaum noch Geld zur Verfügung. Die Steuersenkung kostet den Bund schon in diesem Jahr 850 Millionen Mark.

DAHLGRÜN: Die Steuersenkung ist bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 1965 bereits in vollem Umfang berücksichtigt.

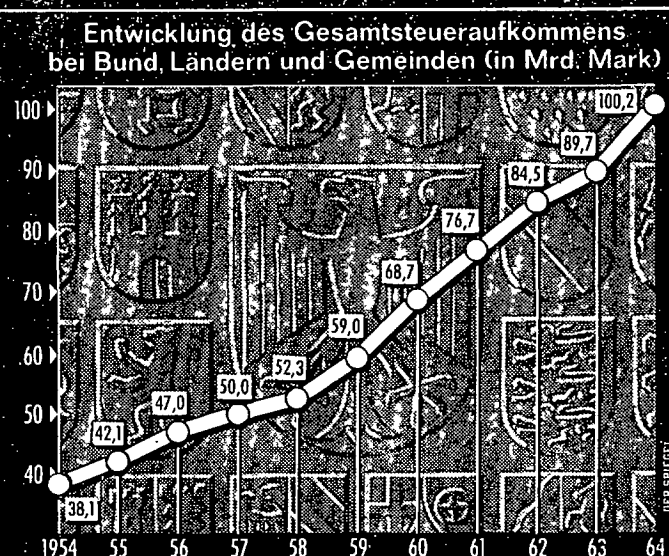
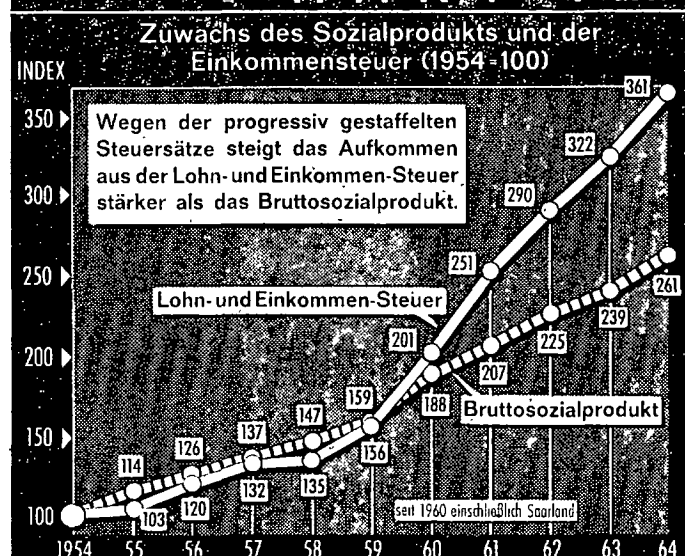
SPIEGEL: Und was ist mit den 840 Millionen für die Bauern?

DAHLGRÜN: Ich kann Ihnen dazu heute noch nichts sagen, aus dem einfachen Grund, weil erst einmal der Abschluß 1964 auf dem Tisch liegen muß.

SPIEGEL: Gilt immer noch, was Sie neulich erklärt haben, daß für die Finanzierung der Geschenke an die Landwirtschaft der Bundeskanzler selbst Streichungen in anderen Positionen des Haushalts vorschlagen soll?

DAHLGRÜN: Das gilt nicht, weil ich das gar nicht gesagt habe. Weder der Bundeskanzler noch der Bundesfinanz-

HART IM NEHMEN



elementarer Bürgerpflichten zu schaffen?

DAHLGRÜN: Das geschieht auch nicht in breiter Front.

SPIEGEL: Aber es geht hier um den Grundsatz.

DAHLGRÜN: Dann müssen Sie sich zu dem Grundsatz bekennen, alles durch Strafgesetze zu regeln.

SPIEGEL: Diese Möglichkeit ist ja schon nach geltendem Recht gegeben.

DAHLGRÜN: Natürlich, zum Beispiel nach der Gewerbeordnung. Aber was hat's genützt? In vielen Fällen hat sich auch erst hinterher herausgestellt, welche schlimmen Folgen gewisse Anlagen haben können. Es ist ja nicht immer von vornherein klar, was passiert, wenn ein solches Unternehmen seinen Betrieb aufnimmt. Außerdem soll das maßvoll gehandhabt werden, und schließlich dürfen Sie nicht vergessen, daß auch hier die Steuerverpflichtung nur zeitlich hinausgeschoben wird.

SPIEGEL: Was werden Sie die neuen Sondervergünstigungen, etwa für die Wissenschaft, Lärmbekämpfung und den Schiffbau kosten?

DAHLGRÜN: Über alles gerechnet werden die neuen Vorschriften, also der

ligte Darlehen für den Eigenheimbau, höhere Flüchtlingshilfe, Entschädigung für die Kriegsgefangenen, Mutterchaftsprämie und einiges andere mehr. Wie fühlt sich ein FDP-Finanzminister, wenn er die Wahlgeschenke der CDU finanzieren soll?

DAHLGRÜN: Da die CDU im Bundes-tag keine absolute Mehrheit hat, kann es sich nicht darum drehen, Wahlgeschenke der CDU zu finanzieren. Wenn überhaupt etwas beschlossen wird, muß es ein Mehrheitsbeschluß der Koalition sein.

SPIEGEL: Werden Sie sich in diesen Ausgabenstrudel hineinziehen lassen?

DAHLGRÜN: Die Freien Demokraten haben sehr eindeutig erklärt, daß für sie die Stabilität des Geldwertes obenansteht, daß sie aber nicht gegen Maßnahmen stimmen würden, wenn sie von der anderen Regierungspartei kämen.

SPIEGEL: Aha.

DAHLGRÜN: Das heißt also: Man wird sich innerhalb der Regierungskoalition auf einer tragfähigen Ebene finden müssen.

SPIEGEL: Nur steht für diese ganzen Ausgabenwünsche, die dann vielleicht

minister könnte über derartige Streichungen allein entscheiden. Der Haushaltsausschuß kann es auch nicht, weil das Volumen der zu erledigenden Anforderungen zu groß ist. Im übrigen würde ich die neuen Ausgaben für die Landwirtschaft nicht als Geschenke bezeichnen.

SPIEGEL: Würden Sie es auch nicht als Geschenk bezeichnen, wenn die Grüne Front sogar dafür, daß die Selbstversorgung der Landwirte billiger wird, noch einen Ausgleich in bar haben soll?

DAHLGRÜN: Ich lehne den Ausdruck Geschenk ab.

SPIEGEL: Auf jeden Fall müssen Sie doch Streichungen in einer Größenordnung von rund zwei Milliarden Mark vornehmen. Denn das Bundeskabinett hat sich feierlich verpflichtet, den Haushalt für dieses Jahr auf der Höhe von 63,9 Milliarden Mark zu begrenzen.

DAHLGRÜN: Nicht nur das Bundeskabinett hat sich verpflichtet, sondern auch die Sprecher aller Fraktionen sowie der Bundesrat. Also muß ich erstens wissen, wie sieht der Abschluß 64 aus, ferner, wie sieht die Steuerschätzung im Haushaltsausschuß aus, die üblicherweise ja immer vor Abschluß der Bera-

tungen überprüft wird. Dann werden die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen ihre Entscheidungen treffen; weder der Bundeskanzler noch der Finanzminister kann allein entscheiden.

SPIEGEL: Es besteht doch wohl im Moment der Plan, jene 2,2 Milliarden Mark, die im wesentlichen für Wahlpräsente bestimmt sind, durch Streichungen von 1,5 Milliarden Mark im Verteidigungsetat und 0,7 Milliarden Mark im Verkehrsetat zu beschaffen.

DAHLGRÜN: Also ich weiß, wer das vorgeschlagen hat. Ich weiß auch, welche Gespräche und Überlegungen zu dieser Frage stattgefunden haben, aber das ist alles zu früh, das kann niemand heute so festlegen.

SPIEGEL: Für den Fall, daß das Kabinett neue Ausgaben beschließt, ohne gleichzeitig Deckungsvorschläge zu machen, würden Sie im Wahljahr 1965 von Ihrem Vetorecht, das Ihnen laut Geschäftsordnung zusteht, Gebrauch machen?

DAHLGRÜN: Das kommt auf die Umstände an. Ich glaube, ja, wobei die Frage, ob das Veto durchschlägt, sehr zweifelhaft ist.

SPIEGEL: Wie dürfen wir das verstehen?

DAHLGRÜN: Grundsätzlich kann der Finanzminister gegen Beschlüsse der Bundesregierung, wenn sie finanziellen Inhalt haben, sein Veto einlegen. Und er kann dann nur überstimmt werden mit der Stimme des Bundeskanzlers. Praktisch läuft es also darauf hinaus, daß der Beschluß nicht zustande kommt, wenn sich Kanzler und Finanzminister einig sind.

SPIEGEL: Aber wenn das Parlament jetzt neue Ausgaben beschließt — und damit ist ja in jedem Fall zu rechnen —, können Sie nach Artikel 113 des Grundgesetzes ebenfalls Ihr Veto einlegen, und zwar zusammen mit dem Kabinett.

DAHLGRÜN: Dann kommen wir in eine sehr schwierige Situation. Wenn ich zum Beispiel einen Ansatz habe im Haushaltsplan, der den Etat sprengt, dann kann ich mit dem Kabinett nach 113 nur gegen das ganze Gesetz, den ganzen Haushalt, meinen eigenen, ein Veto einlegen. Das ist sehr schwer.

SPIEGEL: Das heißt, Sie werden kein Veto einlegen?

DAHLGRÜN: Das weiß ich noch nicht. Man könnte theoretisch zunächst gegen den Gesamthaushalt oder ein anderes Gesetz ein Veto einlegen und das Gesetz dann am nächsten Morgen ohne die beanstandeten Passagen wieder einbringen. Im übrigen glaube ich, daß auch im Bundesrat letzten Endes Hilfskräfte wach werden, denn die Länder sind ja bei diesen ganzen Dingen fast immer irgendwie berührt. Ich glaube nicht, daß alles ohne Einschränkungen in die Welt hinausgeht.

SPIEGEL: Sie glauben trotz aller Erfahrungen an die finanzpolitische Vernunft?

DAHLGRÜN: Ja, außerdem wächst die finanzpolitische Vernunft mit der leeren Kasse.

SPIEGEL: Das heißt, die leere Kasse ist der verlässlichste Verbündete des Bundesfinanzministers?

DAHLGRÜN: Ja sicher.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Echter Negrita – voller Aroma



RHUM NEGRITA

aus Übersee
mit tropischer Duftfülle
Weltmarke in 103 Ländern

Rhum Negrita ist echter Überseerum von Frankreichs west- und ostindischen Zuckerinseln Martinique, Guadeloupe und Réunion. Voller natürlicher Eigenschaften bewahrt Rhum Negrita die vollkommene tropisch-süße Duftfülle, die ihm die sengende Sonne seiner Heimat schenkte. Das spüren Sie

in Ihrem Grog, im Tee oder im puren Genuß. Übrigens: zwei von drei französischen Frauen verwenden Rhum Negrita auch in ihrer weltberühmten feinen Küche als würzende Zutat zu vielen Speisen, Fruchtsalaten und feinem Gebäck. Und Frankreichs Frauen wissen es, warum!

Fordern Sie kostenlos 34 alte französische Rezepte — für Sie mit Rhum Negrita ausprobiert — von A. Racke, 653 Bingen/Rhein